

FORDERUNGEN



Stand: 12.07.2010

Vorwort

Was ist Bildung? Ist Bildung mehr als Credit-Hascherei und Prüfungslast? Ist Bildung mehr als modularisierte straffe Prüfungsordnungen und Kampf um begrenzte Studienplätze? Ist Bildung mehr als die Regelstudienzeit, vielleicht sogar mehr als Stoff zu pauken, aufzuschreiben, zu vergessen? Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das den Bedürfnissen einer pluralistischen Gesellschaft genüge tut. Dabei sollte der Mensch im Zentrum stehen, nicht ausschließlich wirtschaftliche Gedanken. Mit Sorge betrachten wir die Entwicklungen der letzten Jahre, die diese Vorstellung Stück für Stück bis zur Unkenntlichkeit verunstalten. Die Verflechtung von wirtschaftlichen Interessen mit Forschung und Lehre verankerte den Wettbewerbsgedanken in allen Bereichen der Hochschulen. Aus Bildung wurde Ausbildung. Sei belastbar, passe dich an und du wirst siegen. Höher, weiter, schneller - alles in einem Takt und schau nur nicht zurück, sonst wirst du die Gräber sehen, über welche du steigen musstest, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Forderungen

Wir haben bewusst keine Forderungen vor der Besetzung des POT81 festgelegt. Es ist unser Anliegen, einen Raum für Kritik zu schaffen und konkrete Probleme an unserer Studiensituation zu benennen. Hier werden Lösungsansätze erarbeitet und politischer Druck aufgebaut. Bei einem Vorwegnehmen der Forderungen wären wichtige Meinungen eventuell nicht berücksichtigt worden. Die vorliegenden Forderungen scheinen sich in einigen Punkten auf den ersten Blick zu widersprechen. So könnte hier kritisiert werden, dass der Abbau von Zulassungsbeschränkungen mit einem verbesserten Betreuungsverhältnis unvereinbar sei. Wäre der elementare Wert der Bildung für eine Gesellschaft aber anerkannt, müssten die Verantwortlichen alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um den Idealzustand gezielt anzustreben. Es stellt sich hier also vor allem die Frage nach dem politischen Willen.

Bildung als Grundrecht

Bildung als Selbstzweck gewährleisten

Der Druck des wirtschaftlichen Wettbewerbs auf Studierende und Hochschulen führt zur Verdrängung einer ganzheitlichen Bildung zugunsten einer rein zweckorientierten Ausbildung. Bildung ist die elementare Voraussetzung für eine pluralistische Gesellschaft. Im Gegensatz zur Ausbildung beinhaltet Bildung eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit den verschiedensten Themen, die für eine funktionierende Demokratie unerlässlich sind.

Wir fordern:

- Abschaffung des Bildungsföderalismus, um Bildungsgerechtigkeit bundesweit konsequent zu gewährleisten.
- Keine Ausbildung, sondern Studium (lateinisch *studere*: „(nach etwas) streben“).
- Keine auf Wirtschaft abgestimmte Lehre (vgl. Freiheit von Forschung und Lehre), sondern ein vielschichtiges Studium mit Möglichkeiten der fachfremden Weiterbildung.

Freier Zugang zur Hochschule

Durch bürokratische Hindernisse und Überreglementierung ist es Bildungsinteressierten nahezu unmöglich, sich an Hochschulen lebenslang zu bilden. Die wenigen Projekte wie Senioren- und Kinderuniversitäten sind nicht der breiten Bevölkerung zugänglich und somit "Alibi"-Veranstaltungen. Die Hochschule muss Bestandteil der Gesellschaft¹ und Ort des Austausches sein. Sie darf sich nicht von ihr durch Zugangshürden absondern. Demokratie lebt von einer gebildeten, mündigen Bevölkerung. Bildung ist als Grundrecht in Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Art. 14 der Grundrechtecharta der Europäischen Union verankert.

Wir fordern:

- Jedem Interessierten soll es grundsätzlich möglich sein, sich gebührenfrei weiterzubilden und nach Bedarf einen Abschluss zu erreichen.

¹ "Wir werden Hochschulen als Orte der Weiterbildung stärken und die Einrichtung von Offenen Hochschulen prüfen." (Koalitionsvertrag aktuelle Bundesregierung)

Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch Ausbau von Studienplätzen

Dem Mangel an Kapazitäten der Hochschulen, hinsichtlich der Raum- und Betreuungssituation, wird zurzeit mit Zulassungsbeschränkungen begegnet. Durch diese sollen nur die „Geeignetsten“ für einen Studiengang zugelassen werden. Dabei ist weder aus einer Notenleistung noch aus einer Aufnahmeprüfung ersichtlich, ob man mit dem jeweiligen Studienfach zurechtkommt. Der NC führt vielmehr dazu, dass sich Studierende, entgegen ihrer Ursprungsmotivation, für ein alternatives Studienfach entscheiden müssen. Dementsprechend hoch ist die Abbrecherquote. Dies widerspricht dem Ziel, dem Fachkräftemangel durch eine Steigerung der Studienanfängerquote zu begegnen². Generell muss die Chance gegeben sein, sich nach den eigenen Interessen zu bilden.

Wir fordern:

- Durch den massiven Ausbau der Raumkapazitäten und Betreuungsverhältnisse Studienplätze für alle zu ermöglichen.
- Grundsätzliche Abschaffung des NC.
- Solange nicht genügend Studienplätze für alle vorhanden sind, sollen fächerbezogene Aufnahmeprüfungen als bessere Alternativen abgehalten werden. In diesen soll die Abiturnote keine Rolle spielen und erst recht kein Ausschlusskriterium zur Zulassung der Ausnahmeprüfung sein.
- Bereits bestandene Eignungstests sollen eine mehrjährige Gültigkeit besitzen.
- Die Abschaffung der Kapazitätenverordnung (KapVO)³ und Schaffung eines transparenten hochschulinternen Studienplatzvergabeverfahrens.

Finanzielle Unterstützung Studierender

In Deutschland herrscht seit Jahrzehnten ein Akademikermangel. Durch Studiengebühren, hoch verzinsten Studienkrediten und den stets niedrigen BAföG-Satz werden viele Studierwillige vom Studium abgeschreckt oder sind gezwungen, neben dem Studium zu arbeiten. Im Zuge der immer straffer werdenden Stundenpläne wird es immer schwieriger, das Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren. Bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit werden BAföG und viele Studienkredite nur noch in Sonderfällen bewilligt. Die Stipendien der Begabtenförderungswerke erreichen zum Großteil den Nachwuchs der Mittel- und Oberschicht, lediglich 9% der Stipendiaten kommen aus einkommensschwachen Familien⁴. Bildungschancen, unabhängig von der sozialen Herkunft, sind ein grundlegender Bestandteil einer durchlässigen Gesellschaft.

Wir fordern:

- Elternunabhängiges BAföG, drastische Erhöhung des BAföG-Freibetrages und der BAföG-Sätze.
- Langfristig die Einführung tilgungsfreier Studienfinanzierung.
- Abkehr vom Stipendienmodell der Koalitionsvereinbarung d.J. 2009 von CDU/CSU/FDP⁵, welches die „Verheiratung“ der Hochschulen mit der Wirtschaft verstärkt und einen klaren Trend zur Privatisierung von Bildungsfinanzierung darstellt.

² KMK: dritter Sachstandsbericht: "Zu den Zielen dieser Initiative gehören die Steigerung der Studienanfängerquote auf 40 Prozent, eine größere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung, die Förderung von Weiterbildung und die verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen."

³ Die Kapazitätenverordnung (KapVO) zielt deutschlandweit darauf ab, im Zusammenhang des Berufsfreiheitsgesetzes einen einheitlichen Normwert zur Zulassungsbeschränkung zu schaffen. So wird für jeden Studiengang ein verbindlicher Curricular-Normwert (CNW) errechnet, der den Betreuungsbedarf oder den Personalaufwand pro Student angibt. Der angenommene Betreuungsbedarf hängt von der Zahl der Vorlesungen, Seminare und Prüfungen ab; je mehr Vorlesungen und je weniger Seminare, desto geringer der Personalaufwand, desto geringer der CNW. Die dabei eingesetzten mathematischen Formeln sind aufgrund ihrer Komplexität für die Allgemeinheit nicht nachvollziehbar.

⁴ <http://www.zeit.de/2009/40/C-Begabtenfoerderung?page=2>

⁵ „Die Stipendien sollen ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig vergeben werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten eingeworbene Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat von der BAföG-Anrechnung freistellen und bis zur Hälfte öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen. Das bisherige Büchergeld der Begabtenförderungswerke wird auf 300 Euro angehoben und bleibt von der BAföG-Anrechnung befreit.“

Abschaffung von Studiengebühren weltweit und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung

In Sachsen werden gegenwärtig für das sogenannte Erststudium keine Studiengebühren erhoben. Für ein Zweitstudium sowie für sonstige Weiterbildungsangebote wie Abendstudium, Fernstudium, etc. werden Gebühren verlangt. Gemäß der Absichten der Landesregierung von Sachsen, wird es zur Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende kommen. Im Gespräch mit der Staatsministerin Prof. von Schorlemer wurde uns dies nochmals bestätigt. Allgemein wirken Studiengebühren abschreckend auf potentielle Studienanfänger (Vgl. HIS-Studie). Wir sind der Meinung, dass Bildung grundsätzlich gebührenfrei sein sollte, da eine mündige Bevölkerung für die Gesellschaft unerlässlich ist.

Wir fordern:

- Abschaffen von Studien- und Bildungsgebühren jeglicher Art.
- Abschaffung der Sächsische Hochschulgebührenverordnung (SächsHGebVO).

Selbstverständnis der Hochschulen

Studentische Mitbestimmung auf allen Ebenen

Wir, die Studierenden und damit die größte Gruppe an der Hochschule werden systematisch bei grundlegenden Entscheidungen nicht hinreichend berücksichtigt und somit übergangen. Als direkter Betroffener von Reformen ist es notwendig, dass alle Gremien ausreichend mit Studierenden besetzt sind und durch Studentische Ideen beeinflusst werden können.

Wir fordern:

- Verlegung der Entscheidungsgewalt in die Organe mit Beteiligung aller Mitgliedergruppen.

Der Senat, das einzige üblich tagende Organ der Hochschule mit gesetzmäßiger studentischer Beteiligung, nimmt zur Festlegung des Fächer- und Studienangebotes gemäß § 81 Absatz 1 Nummer 16 SächsHSG oder zum Wirtschaftsplanentwurf gemäß § 81 Absatz 1 Nummer 7 SächsHSG nur Stellung.

- Vetorecht der studentischen Vertretungen im Zusammenhang mit dem Studium und der studentischen Selbstverwaltung, u.a. im Senat.

Der Senat entscheidet über eine Vielzahl von grundsätzlichen Belangen bezüglich des Studiums. Diese können trotz anteiliger Regelung gemäß § 81 Absatz 4 SächsHSG gegen den Willen der Studentinnen und Studenten entschieden werden. Das gilt besonders für die Organisation der Vertreter der Mitgliedergruppen (z.B. Festlegung der Wahlordnung).

- Von Dritten unabhängige Hochschulen.

Ohne die Zustimmung des Hochschulrates, der überwiegend aus Externen besteht, ist kein Verabschiedung des Wirtschaftsplanes gemäß § 86 Absatz 1 Nummer 6 SächsHSG und des Entwicklungsplanes gemäß § 86 Absatz 1 Nummer 5 SächsHSG der Hochschule möglich. Die Entscheidung des Hochschulrates soll nur als Empfehlung gelten und darf keinen bindenden Charakter haben.

- Einen Offenen, konstruktiven und frühzeitigen Dialog mit den Mitgliedern der Selbstverwaltung der Studierenden.

Jegliche studentische Meinung wird derzeit eher als Störfaktor angesehen. Dabei wird übersehen, dass Studierende durchaus fähig sind, konstruktive Kritik an bestehenden Verhältnissen anzubringen. Diese wertvolle Meinung darf im hochschulpolitischen Organisationsrahmen nicht untergehen. Ein offener Dialog aller Mitglieder der Hochschule untereinander führt zu gegenseitigem Verständnis und Vertrauen, um die Hochschule im Sinne aller Beteiligten gemeinsam zu gestalten.

- Eine dauerhafte studentische Vertretung im Rektorat

Die Einflussnahme der Studierendenschaft auf das Rektorat ist nahezu nicht vorhanden. Durch die weitreichenden Aufgaben und Kompetenzen des Rektorates und die damit einhergehende Verantwortung gegenüber der Studierendenschaft, ist es ein logischer Schritt die studentischen Stimmen stärker in die Hochschulleitung einzubinden. Gemäß § 84 in Verbindung mit § 49 Absatz 2 und § 24 Absatz 2 Satz 1 SächsHSG ist die gesetzliche Grundlage dafür gegeben. Um die Umsetzung zu unterstützen ist die Landesregierung und die Hochschule gleichermaßen aufgefordert ihre Gesetze und Ordnungen dahingehend anzupassen, dass der Einsatz eines studentischen Prorektors langfristig ermöglicht wird.

- Kritik an der Hochschulrektorenkonferenz (HRK).

Die HRK ist ein freiwilliger Zusammenschluss deutscher Hochschulrektoren und ein hochschulpolitischer Lobbyverband. Sie bezeichnet sich selbst als „DIE Stimme der Hochschulen“ ohne Lehrkräfte, Studierende und Mitarbeitern mit einzubeziehen. Dabei beeinflusst sie die deutsche Hochschulpolitik maßgeblich durch Empfehlungen und gemeinsame Positionierungen mit der Kultusministerkonferenz (KMK) und beruft die Mitglieder des Akkreditierungsrats. Bundesweit existiert kein von den Bundesländern in ähnlicher Weise geförderter⁶ studentischer Zusammenschluss, welcher mit vergleichbarem Einfluss ausgestattet ist.

⁶ Die sächsischen Hochschulen und der Freistaat Sachsen zahlen insgesamt 102 678€ pro Jahr an die HRK

Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre

Mit der Abhängigkeit von Drittmitteln werden Wissenschaftler zu Dienstleistern, womit die Forschung zum Selbstzweck ihre Bedeutung verliert. Ein ständiges ergebnisorientiertes Arbeiten - zum Einwerben von weiteren Drittmitteln - führt zur Einschränkung des Blickwinkels und langfristig zu einer Einheitsmeinung. Kritische Forschung wird hierbei keine Berücksichtigung mehr finden. Durch die Ökonomisierung der Forschung werden Effizienz und Tempo den Platz der Qualität einnehmen, worunter auch die fundierte Lehre leiden wird. Erfahrungsgemäß versuchen Staaten ihre Ausgaben durch Privatisierung zu senken, dieser Trend lässt sich auch im Bildungssektor erkennen⁷.

Wir fordern:

- Ausfinanzierung der Hochschulen u.a. durch Beteiligung des Bundes.
- Drittmittel sollen ausschließlich ergänzend herangezogen werden.
- Übergang: Drittmittelausgleich für Geistes- und Sozialwissenschaften.
- Kein Einfluss von Drittmittelgebern auf Lehrinhalte und Forschungsergebnisse (Vgl. § 4 Absatz 2ff HRG).
- Kritische Wissenschaften sollen stärker repräsentiert werden (Vgl. § 4 Absatz 2ff HRG).
- Methoden und Ergebnisse (v.a. Kritische Wissenschaften) sollen innerhalb der Hochschule grundsätzlich reflektiert werden (Vgl. § 4 Absatz 2ff HRG).
- Stärkung der Open Access Bewegung.

(Finanzielle) Transparenz der Hochschulen

Durch die ungenügende Grundfinanzierung der Hochschulen, sucht sie stets nach neuen Möglichkeiten, um aufwendige Forschung und Lehre zu finanzieren. Drittmittel stellen dazu ein probates Mittel dar, schaffen aber Probleme. Die Zweckbindung derer führt zur Beeinflussung von Forschung und Lehre. Die intransparente Finanzpolitik der Hochschule macht es unmöglich, eine Einsicht in die Verteilung und die Herkunft der Mittel zu nehmen. Entscheidungsgremien tagen meist fern der Öffentlichkeit und erschweren so den Einblick in die politischen Vorgänge der Hochschulen. Die Partizipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen werden hierbei nicht hinreichend berücksichtigt. Als Betroffene der in den Gremien gefällten Entscheidungen haben die Studierenden die Aufgabe und das Recht, den politischen Diskurs zu begleiten und nachzuvollziehen. Konstruktive Kritik und Verbesserungen können auch nur stattfinden, wenn entsprechende Informationen zugänglich sind.

Wir fordern:

- Einberufung öffentlicher Versammlungen und Aufklärung über Verwendung der Gelder des Landes für Forschung und Lehre.
- Offenlegung der Verwendung der Gelder des Landes für Forschung und Lehre.
- Offenlegung von Herkunft und Verwendung aller Drittmittel.
- Gremiensitzungen der Öffentlichkeit zugänglich machen und Veröffentlichung aller Protokolle außer in Personal und Prüfungsfragen.
- Öffentliche Sitzungen des Rektorats.
- Einberufung der StuKos und lückenlose Aufklärung über Rechte und Pflichten.
- Offenlegung aller Ordnungen (TUD: Gebühren-, Wahlordnung) der Hochschulen wie im §13 Absatz 6 SächsHSG gefordert.
- Einen studentischen Konsul.⁸

⁷ Situation in Dresden (Quelle: www.tu-dresden.de): 124,8 Mio € Drittmittel 2008, davon 25.6 Mio € (=20,5%) direkt aus der Wirtschaft (Vertragsforschung) – zum Vergleich das Gesamtbudget beträgt ca. 500 Mio. €

⁸ Vgl. Uni Ilmenau

Kulturelles Leben an der Hochschule fördern

Hochschulen sind nicht ausschließlich ein Ort der Bildung, vielmehr stellen sie einen eigenen Mikrokosmos der Kulturen dar. Um die Entfaltung des kulturellen Lebens nicht zu hemmen, ist es uns wichtig, mehr selbstbestimmte Räume zu schaffen. Hier können sich Menschen treffen und gemeinsam einen Nährboden für kulturelle Vielfalt schaffen. Als ein mögliches Konzept sei ein Studenten-Café genannt, welches diese Belange erfüllen könnte.

Wir fordern:

- Einen studentisch selbst verwalteten Freiraum.
- Interdisziplinäre Vorträge und Projekte fördern.

Kritik an Exzellenzinitiativen

Die Exzellenzinitiative hat sich der Aufgabe verschrieben, einige Hochschulen mit vermarktungsfähigen Forschungsergebnissen auszuzeichnen. Jene Hochschulen erhalten zusätzliche Unterstützung durch den Bund. Andere Hochschulen gehen dabei nicht nur "leer" aus, sie werden im Vergleich zu den "Exzellenzunis" noch weiter degradiert. In enger Kooperation mit der Wirtschaft soll die Attraktivität einzelner Wissenschaftsstandorte und der Wettbewerb zwischen den Hochschulen gestärkt werden.

Wir fordern:

- Abschaffung der Exzellenzinitiative.
- Flächendeckende Hilfe zur Ausfinanzierung der Hochschulen durch den Bund.

Ein klares Nein zur Einführung des Frühwarnsystems im Datennetz der TU Dresden

Zur Gewährleistung eines „ordnungsgemäßen Systembetriebes“, wie z.B. zur besseren Ressourcenplanung, dem Erkennen und Beseitigen von Störungen oder der Aufklärung und Unterbindung rechtswidriger und missbräuchlicher Nutzung, beabsichtigt das ZIH (Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen) der TU Dresden ein Frühwarnsystem einzurichten. Jenes System zielt darauf ab, jegliche Informationen über die Internetkommunikation zu speichern. Dabei ist zwischen den Kommunikationsströmen, die nach zwei Tagen gelöscht werden sollen, und den daraus erstellten Meta-Events zu unterscheiden. Meta-Events⁹ sind immer personenbezogen und sollen nicht gelöscht werden. Weder die Kommunikationsströme noch die Meta-Events werden anonymisiert. Von der Datenspeicherung sind alle Mitglieder der Hochschule betroffen, sowohl im universitätsinternen WLAN-Gebrauch als auch in den Studentenwohnheimen. Dabei steht massive Eingriff in die Privatsphäre der Nutzer in keinem Verhältnis zur marginalen Steigerung der Sicherheit, die das Frühwarnsystem erbringen würde. Die Zahl der schweren Sicherheitsvorfälle ist in den letzten Jahren stark gesunken und das ZIH erreicht schon jetzt sehr hohe Dienstgüte im Datennetz. Dagegen wecken detaillierte Datensätze Begehrlichkeiten Dritter, wie z.B. Polizei, Medienindustrie, Marktforschung und Werbeindustrie. Die Einführung des Frühwarnsystems wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen. Die Inbetriebnahme erfolgte bereits ohne Zustimmung des Datenschutzbeauftragten.

Wir fordern:

- Abschaffung des Frühwarnsystems.
- Verbindliche Zusage der Verantwortlichen, keine ähnlichen Systeme zu etablieren.
- Transparenz des ZIH.

⁹ Folgende Daten werden gespeichert: Quell / Ziel IP-Adresse; Quell / Ziel MAC-Adresse ; Quell / Ziel Port; IP Protokoll; Ingress Interface; IP Type of Service; Quell / Ziel VLAN; MLPS Informationen; verwedete Netzwerkinterfaces der Kommunikationsbeziehung; Min / Max TTL des Flows; Min / Max Paketgröße des Flows

Erhalt der Volluniversität TU Dresden

Wir sind der Meinung, dass die Bildung von Menschen allumfassend und nicht nur verwertungsbezogen praktiziert werden sollte. Dazu ist es notwendig, dass das Bildungsangebot alle lebensgestaltenden Bereiche abdeckt. Technik und Kultur sollten nicht in Konkurrenz, sondern im aktiven Austausch zueinander stehen. Leider gibt es an der TU Dresden Tendenzen, einige Fakultäten (finanziell) zu bevorzugen und das Studienangebot zu begrenzen. Als Beispiel sei hier die Einstellung des Jura-Staatsexamens erwähnt.

Wir fordern:

- Finanzausgleich zwischen den Fakultäten, Fachrichtungen, Instituten und Professuren zur Sicherung der Lehre, sowie eines Grundbudgets zur Forschung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Fächerkulturen
- Breit gefächertes Spektrum von Disziplinen erhalten und ausbauen.

Nachhaltige, kontinuierliche Qualitätssicherung und Verbesserung der Studiengänge

Kritik am Akkreditierungswesen

Um die Vergleichbarkeit und Qualität der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge zu wahren, wurde in europäischen Hochschulraum ein verbindliches Akkreditierungswesen geschaffen. Die Hochschulen stehen in der Verantwortung, ihre neu gestalteten Studiengänge bei privaten Akkreditierungsagenturen prüfen zu lassen. Die dabei entstehenden Kosten in Höhe von 10.000 €-15.000€ sind von den Hochschulen zu tragen. Es werden sowohl Programmakkreditierungen (einzelne Studiengänge) als auch Systemakkreditierungen (Stichproben der einzelnen Studiengänge der Hochschule mit dem Ziel, die ganze Hochschule zu akkreditieren) vollzogen werden. Neben dem begrenzten Umfangs (Minimalstandards) der schlechten, schleppenden Umsetzung und der mangelnden Kontrolle in der Praxis scheitert die Akkreditierung auch an Systemfehlern. Jede Fakultät strukturiert ihren Bachelor und Master nach eigenem Ermessen. Studienordnungen und deren Änderung müssen durch den Senat im Benehmen und durch das Rektorat genehmigt werden (§ 13 Absatz 4 SächsHSG). Eine Kontrolle der weiteren Entwicklung soll durch Akkreditierung geschehen, die Überprüfung findet aber nur alle fünf bis sieben Jahre statt. Verbesserungsvorschläge an den Studienordnungen scheiterten in einigen Studienkommissionen mit der Begründung, dass der Studiengang akkreditiert sei und dies eine nachträgliche Änderung ausschließe.

Die Auslagerung der Akkreditierung in private Agenturen verschärft die Unvergleichbarkeit der Studiengänge, ermöglicht intransparente Verfahren und profitbezogenes Verhalten seitens der Akkreditierungsanstalten.

Wir fordern:

- Eine Umstrukturierung des Akkreditierungswesens. Der Bund muss Akkreditierungsämter zur Verfügung stellen, statt diese Aufgabe in private Agenturen auszulagern und dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu unterwerfen.
- Die Akkreditierung soll gebührenfrei erfolgen.
- Änderungen der Studienordnung nach der Akkreditierung müssen durch Re-Akkreditierung jederzeit möglich sein
- Jeder Studiengang muss einzeln überprüft werden.
- Die Stiftungsform des Akkreditierungsrates gilt es zu überdenken.
- Mehr studentische Sitze in allen Gutachtergruppen und Entscheidungsgremien des Akkreditierungswesens.

Evaluation der Lehre

Unter dem Stichpunkt "Qualitätssicherung" wird durch das Sächsische Kompetenzzentrum für Bildungs- und Hochschulplanung (KfBH) an der TU Dresden seit 1995 die Evaluation der Lehre in Form von anonymer Datenerhebung mittels Evaluationsbögen durchgeführt. Seit 1998 gibt es ein weitestgehend einheitliches Befragungssystem, das maschinenlesbare Fragebögen nutzt. Die Art der Befragung ist aussageelos, da die Antwortmöglichkeiten subjektiv weit auslegbar sind. Dabei ist die durch die Evaluationsbögen angestrebte "Qualitätssicherung" der Lehre eher ab- als zuträglich. Die Probleme der Evaluation sind dabei je nach Studiengang unterschiedlich und müssen auch "individuell" bezüglich der einzelnen Studiengänge betrachtet werden. Die Evaluation der Lehre vermittelt den Studierenden das Gefühl, über die Evaluation einen Einfluss auf die Lehre nehmen zu können. Tatsächlich werden die Evaluationsbögen lediglich statistisch ausgewertet und bleiben ohne reelle Konsequenzen. Damit werden die Studierenden daran gehindert, ihre Kritik am Lehrstil der Dozenten wirkungsvoll zur Sprache zu bringen und in einem offenen Diskurs mit den Lehrenden an einer Verbesserung der Lehre zusammenzuarbeiten.

Wir fordern:

- Weiterentwicklung der Evaluation weg von einer konsequenz- und sanktionsfreien Form.
- Lehrveranstaltungsbezogene Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse.
- Eröffnen einer Möglichkeit für Studierende, sich kritisch und offen in einer Diskussion mit den Lehrenden um die Verbesserung der Lehre zu bemühen, zum Beispiel:
 - Unterstützung und Einführung eines "Meet your Prof"-Diskussionsstammtisches: Die Erfindung der jDPG (junge deutsche physikalische Gesellschaft) "Meet your Prof" bietet Studierenden die Möglichkeit, sich mehrmals im Semester am Diskussionstisch zu treffen und dazu einen Professor einzuladen. In lockerer Atmosphäre können Studienanfänger das Gespräch mit den Dozenten suchen. Dabei gewinnen die Lehrenden und Studierenden gegenseitiges Vertrauen, welches beide Seiten für konstruktive Kritik sehr empfänglich macht und der Anonymisierung an der Universität effektiv entgegenwirkt.

Ausbau der Lehrkapazitäten

An der TU Dresden herrscht Raummangel. Überfüllte Seminare werden in viel zu kleinen Räumen abgehalten, Studierende müssen nicht selten auf dem Boden sitzen. Der Geburtenrückgang wird dieses Problem nicht lösen, da die Hochschulen und das Ministerium die Studienzahlen halten wollen.¹⁰In den letzten Jahren wurden immer mehr Planstellen abgebaut. An der TU Dresden ist dies in der Ausgliederung des Sprachausbildungszentrums in eine private Dienstleistungsagentur (TUDIAS) als Folge der Kürzung von 500 Lehrstellen exemplarisch zu betrachten. Auf Grund der sinkenden Steuereinnahmen sind weitere Stellenkürzungen wahrscheinlich, was das Betreuungsverhältnis massiv verschlechtern wird.

Wir fordern:

- Mehr Räumlichkeiten, insbesondere für die Seminare und Übungen, um dem Raummangel effektiv zu begegnen und gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für kleinere Seminare zu schaffen.
- Einen signifikanten Anstieg der Planstellen, um das Betreuungsverhältnis langfristig zu verbessern.

¹⁰ Staatsministerin Prof. von Schorlemer argumentierte bezüglich dieser Forderung am Freitag, dem 20.11.2009, dass jetzt nur noch die geburtenschwachen Jahrgänge folgen, somit die Auslastung zurückginge und ein Bauvorhaben auf lange Sicht unnötig wäre. Interessanterweise meinte sie 3 Sätze davor, dass Sachsen die Menschen fördern möchte, die ein Studium in Angriff nehmen und die Zahl der Studenten auf gleicher Größe halten bzw. noch steigern möchte.

Studienverlauf

Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium

Durch die Verkürzung der Regelstudienzeit und die Einführung des Bachelor -und Mastersystems hat sich der Workload der Studierenden vervielfacht. Den Studierenden ist es dadurch nur in eingeschränktem Maße möglich, sich fächerübergreifend an der Hochschule individuell fortzubilden oder sich außerhalb des Studiums zu engagieren. Auch für die Vertiefung einzelner Studieninhalte fehlt oft die Zeit.

Wir fordern:

- Studienordnung freier und flexibler gestalten.
- Weniger Pflichtveranstaltungen.
- Leichte Integration von frei gewählten Studieninhalten aus anderen Fakultäten in den eigenen Studiengang. Dabei sollen dort erarbeitete Credits anerkannt werden.
- Möglichkeit zur Anerkennung von außeruniversitären Inhalten und Wissen als ECTS-Punkte.
- Ausbau des Studiums Generale.

Einberufung der Studienkommission (StuKo) für jeden Bachelor- und Masterstudiengang zur Prüfung der Studien- und Prüfungsordnungen

Das Hochschulgesetz sieht Studienkommissionen für jeden Studiengang vor, welche die Studien- und Prüfungsordnungen konzipieren. Zusätzlich sind sie maßgeblich in die Planung der Lehrevaluation involviert. Die StuKo ist meistens für die gesamte Fakultät verantwortlich und deswegen kaum in der Lage, sich detailliert mit den einzelnen Studiengängen auseinander zu setzen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die neu eingeführten Studiengänge gravierende Mängel aufweisen.

Wir fordern:

- Die zeitnahe Einberufung einer Studienkommission für jeden Studiengang.
- Die Prüfung der Studiengänge auf ihre Studierbarkeit durch die Studienkommissionen.
- Die Studienkommissionen müssen die Studienordnungen in regelmäßigen Abständen evaluieren.
- Die Interessen der Studierenden müssen maßgeblich in die Ausarbeitung und Evaluation der Studienordnungen einbezogen werden.
- Regelmäßige Sitzungstermine und angemessene Aufwandsentschädigung (Gremiensemester, Entlastung in der Lehre, etc.)
- Einheitliche Bestellung der StuKo Mitglieder innerhalb der Hochschulen.

Reduzierung von Pflichtveranstaltungen und Prüfungslast

Die Umstrukturierung der Studiengänge hat zur Folge, dass der heute in „Workload per Credit“ gemessene Arbeitsaufwand massiv gestiegen ist. Die Anzahl der Pflichtveranstaltungen hat sich signifikant erhöht. Dadurch bleibt den Studierenden wenig Zeit, außerhochschulisch tätig zu werden oder Inhalte zu vertiefen. Die gängige Praxis, jede Vorlesung mit einer Prüfungsleistung abzuschließen, führt zu einem enormen Prüfungsdruck am Ende eines jeden Semesters.

Wir fordern:

- Die Menge an Pflichtveranstaltungen muss erheblich reduziert werden.
- Die Prüfungslast muss reduziert werden. Es soll mehr Gebrauch von alternativen Leistungsnachweisen (Essays, Referate, etc.) gemacht werden, die flexibler über das Semester verteilt werden können.
- Eine abschlussrelevante Prüfung pro Modul ist ausreichend.
- Module sollen eigenständig sein und dürfen nicht Module, sondern ausschließlich Qualifikationen als Voraussetzung haben.
- Jede nicht bestandene Prüfung muss wiederholbar sein

Keine verpflichtenden Prüfungseinschreibungen

Prüfungseinschreibungen sind für die Studierenden eine verbindliche Zusage. Diese können zwar in den meisten Fakultäten bis zu 3 Werktage vor der zu erbringenden Prüfungsleistung zurückgezogen werden, jedoch ist dazu eine gewisse Voraussicht von Nöten. Danach ist es lediglich möglich, von der Prüfung mit einem ärztlichen Attest zurückzutreten. Es soll jedem Studierenden überlassen werden, wann er sich in der Lage sieht, die erforderliche Prüfungsleistung abzulegen.

Wir fordern:

- Einschreibungen zu schriftlichen Prüfungen zeigen nur die Absicht zur Teilnahme an der Prüfung.
- Die schriftliche Prüfung soll erst verpflichtend sein, wenn der zu Prüfende beim angesetzten Prüfungstermin erscheint und sich in der Lage sieht, diese abzulegen.
- Der zu Prüfende soll außerdem nicht in der Bringschuld eines ärztlichen Attests sein (Privatsphäre).
- Bei mündlichen Prüfungen soll sich der zu Prüfende bis zu 3 Werktage vor der Prüfung ohne Konsequenz abmelden zu können.

Regelstudienzeit flexibilisieren

Im Zuge der Bologna Reform wurde die Studienzeit des Bachelors fast überall auf 3 Jahre begrenzt. Die alten Studieninhalte mit deutlich höherer Semesteranzahl wurden dabei oft einfach übernommen, was bei den Studierenden zu einer kaum zu bewältigenden Arbeitslast führt. Andere Studiengänge wurden, um genau dieses Problem zu umgehen, viel oberflächlicher.

Wir fordern:

- Ausnutzen der Ermessensspielräume der Bologna Reform, u.a. den Bachelor je nach Bedarf auch länger als 6 Semester zu gestalten.
- Anrechnung von (6-monatigen) Praktikumszeiten auf die Regelstudienzeit (z.B. Dipl.Erzw./SP).

Möglichkeit zur Teilzeitstudierbarkeit in allen Studiengängen

Die derzeitigen Studienordnungen sind auf den Vollzeitstudenten zugeschnitten. Dies verhindert lebenslanges Lernen und benachteiligt Studierende, die Beruf, Kinder oder Krankheit mit dem Studium vereinigen müssen.¹¹ Das Teilzeitstudium muss ein Recht sein, welches der Studierende unbürokratisch in Anspruch nehmen kann und kein "Almosen", das nur speziellen privilegierten Gruppen gewährt wird (vgl. Gremiensemester).

Wir fordern:

- Abschaffung der Regelstudienzeit als Instrument, um die Studienzeit zu begrenzen. Beibehaltung einer Garantie in einer bestimmten Zeit studieren zu können.
- Flexiblere Prüfungsmöglichkeiten.
- Vorlesungen konsequent mit der Möglichkeit des Selbststudiums konzipieren.
- Keine wichtigen Veranstaltungen außerhalb der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Flexibilität und Mobilität des Bachelor-/Mastersystems tatsächlich umsetzen

Die Motivation der Bologna Reform war es, die Flexibilität und Mobilität im europäischen Hochschulraum zu erhöhen. Leider wurde dieses Ziel weit verfehlt, da viele erbrachte Leistungen aufgrund der unflexiblen Anrechnungspraxis der Hochschulen nicht anerkannt werden. Die straff durchorganisierten Verlaufspläne lassen zu wenig Spielraum, um den persönlichen Bildungsweg flexibel zu gestalten.

Wir fordern:

- Lockerung der Studienverlaufspläne.
- Flexibler Umgang mit der Anrechnung von ECTS-Punkten und Modulen.

Bachelor als Regelabschluss? Wir wollen Masterplätze für alle

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wurden die Bachelorstudiengänge in so gut wie allen Fällen auf drei Jahre begrenzt, damit der Wirtschaft möglichst schnell neues Fachpersonal zur Verfügung steht. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass Fachpersonal auch eine dementsprechend tiefgreifende Ausbildung braucht, die beim Bachelor meistens nicht gegeben ist. Daraus resultiert eine mangelnde Anerkennung des Bachelors seitens der Unternehmen. Die Initiative "Bachelor Welcome"¹² einiger führender deutscher Unternehmen stellt einen Versuch dar, die Anerkennung des Bachelors zu verbessern. Sie zielt jedoch lediglich auf die MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Technik) ab.

Die TU9 (die neun größten Technischen Universitäten Deutschlands) haben 2004 beschlossen, den Master als Regelstudienabschluss in den Ingenieursstudiengängen zu etablieren. In anderen Studienfächern, wie z.B. Lehramt, muss dies auch möglich sein, da der Bachelorabschluss nicht vollständig berufsqualifizierend ist. Als Beispiel sei hier der Bachelor Grundschullehramt erwähnt für den es trotz Absolventen noch keinen konsekutiven Masterstudiengang gibt.

Folglich steigt das Interesse an Masterstudienplätzen, die jedoch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Der Konkurrenzkampf unter den Studierenden um die Masterplätze wird künstlich geschürt, dies führt zu erhöhtem Leistungsdruck und ist dem Lernklima an den Hochschulen nicht zuträglich.

¹¹ Bologna Erklärung: "Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslange Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt."

¹² http://www.stifterverband.org/wissenschaft_und_hochschule/hochschule_und_wirtschaft/bachelor_welcome/index.html

Wir fordern:

- Masterplätze für alle Interessierten.
- Als Ausbildungsziel soll ein vollumfänglich nutzbarer Abschluss stehen, der einen ähnlichen Stellenwert wie das alte Diplom genießt.

Schaffung eines einheitlichen Profildsemesters

Studierende sind in den ersten Semestern damit beschäftigt, sich an das Klima und die Arbeitsweise an der Hochschule zu gewöhnen und sich in den Studiengang, die Lehrinhalte und in die Hochschulstruktur einzuarbeiten. Die Entscheidung, welcher Studiengang der Hochschule inhaltlich, strukturell und didaktisch zu einem angehenden Studierenden passt, ist in dieser kurzen Zeit nicht zu treffen.

Da die ersten Semester dem Grundlagenstudium gewidmet sind und der Studierende so kaum Einblick in die fachspezifischen Lehrinhalte erhält, steigt die Wahrscheinlichkeit eines Studiengangwechsels. Es sollte im Interesse jeder Hochschule liegen die Wechsel- und Abbruchquoten zu senken und die Studierenden optimal auf ein Hochschulstudium vorzubereiten. Leider leisten die bestehenden Strukturen wie Sekundarstufe II nicht immer das Notwendige und sind in ihrer Ausgestaltung dem Willen der jeweiligen Landesregierung unterworfen. Die neu gewonnene Autonomie der Hochschulen stellt hier eine fantastische Möglichkeit zur Gestaltung dar und sollte genutzt werden.

Wir fordern deswegen die Erarbeitung eines einheitlichen Profildsemesters folgender Form:

- Keine Anrechnung auf Regelstudienzeit, somit auch BAföG-Zahlung.
- Grundstock an Pflichtveranstaltungen (Methoden, Gremien der Hochschule, Kompetenzförderung, Ringvorlesung, etc.).
- Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis für Profildsemesterstudierende.
- Möglichkeit in einigen Lehrveranstaltungen Prüfungen abzulegen (Vgl. Orientierungssemester für ausländische Studierende an der TU Dresden).

Abschlussbemerkung

„Verehrtes Publikum, jetzt kein Verdruß:
Wir wissen wohl, das ist kein rechter Schluß.
Vorschwebte uns: die goldene Legende.
Unter der Hand nahm sie ein bitteres Ende. [...]
Das kam schon vor. Was könnt die Lösung sein?
Wir konnten keine finden, nicht einmal für Geld.
Soll es ein anderer Mensch sein? Oder eine andre Welt? [...]
Der einzige Ausweg wär aus diesem Ungemach:
Sie selber dächten auf der Stelle nach
Auf welche Weis' dem guten Menschen man
Zu einem guten Ende helfen kann.
Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß!
Es muß ein guter da sein, muß, muß, muß!"
(Frei nach Bertolt Brecht: Der gute Mensch von Sezuan)

Wollen wir weiterhin hinnehmen, dass Hochschulen aus Menschen Konkurrenten machen?
Wollen wir weiterhin die Privatisierung der Bildung kopflos abnicken?
Wollen wir weiterhin akzeptieren, dass ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft, die Bildung, geraubt wird?

Dieser Forderungskatalog erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, er erhebt nicht den Anspruch auf endgültige Lösungen.

Dieser Forderungskatalog ist ein dringlicher Appell an alle Verantwortlichen: Ändern Sie die jetzige Situation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln!

Dieser Forderungskatalog ist ein dringlicher Appell an alle Betroffenen: Reflektiert Eure Situation, formuliert eigene Kritikpunkte und bringt diese zur Sprache.

Handelt, denn wer handelt kann nicht ignoriert werden!